

# Newsletter November 2023

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

## Liebe Leserinnen und Leser,

„Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ ist das Motto des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge für den Volkstrauertag. Wenn wir an diesem Sonntag an diejenigen erinnern, die in kriegerischen Konflikten ums Leben gekommen sind, dann blicken wir nicht nur zurück auf unsere eigene deutsche Vergangenheit; wir haben gleichzeitig die schrecklichen aktuellen Bilder des Krieges vor Augen. Viele von uns nutzen diesen stillen Sonntag zur Reflexion – gerade jetzt, wo die Tage immer kürzer und dunkler werden und die beunruhigenden Nachrichten im Fernsehen und in der Zeitung einfach nicht abreißen.

Es ist nur zu verständlich, dass sich die viele zunehmend Sorgen machen und die aktuelle Situation in Deutschland und der Welt als Bedrohung empfinden. Auch, wenn es nicht leicht ist, sollten wir uns weiter darum bemühen, den Herausforderungen dieser Zeit mit einer konstruktiven, vermittelnden Einstellung zu begegnen. Schon der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe hat in seiner Rede zum ersten Volkstrauertag 1922 gesagt: „Leiden zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch Tote zu ehren, Verlorene zu beklagen, bedeutet Abkehr von Hass, bedeutet Hinkehr zur Liebe, und unsere

Welt hat die Liebe not.“ Nur mit Geschlossenheit und Zusammenhalt können wir gemeinsam tragfähige Antworten auf die zahlreichen Herausforderungen finden. Das gilt ganz besonders für die Ampelregierung. Diese Woche hat sich das Bundesverfassungsgericht erstmals umfassend zu Ausnahmen von der Schuldenbremse und zur Nutzung von Sondervermögen geäußert. Damit ist klar: Der Nachtragshaushalt 2021 war verfassungswidrig, auch wenn die Bundesregierung damals nach bestem fachlichen Rat und entsprechend einer langjährigen Praxis gehandelt hat – mehr dazu auf der nächsten Seite. In der gestrigen Debatte im Bundestag ist deutlich geworden, dass die Ampelpartner das Urteil als Chance begreifen wollen. Das wird nicht nur für den Bund herausfordernd, sondern auch für die Länder – ein weiterer Stresstest für unsere Demokratie.

Ihre/Eure

*Heike Baehrens*



# Neue Wege in der Finanzpolitik nötig

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Woche geurteilt, dass das Gesetz über den 2. Nachtragshaushalt 2021 verfassungswidrig war. Mit diesem Nachtragshaushalt sollten 60 Milliarden Euro, die für die Abfederung pandemiebedingter Folgen vorgesehen waren, aber nicht benötigt wurden, dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zugeführt werden. Nun hat sich Karlsruhe erstmals umfassend zu Ausnahmen von der Schuldenbremse geäußert und damit Klarheit geschaffen.

Die Tragweite der Auswirkungen auf die Haushaltspolitik von Bund und allen Ländern lässt sich noch nicht ermessen. Sicher ist aber jetzt schon, dass der Bund sofort drei Maßnahmen in die Wege leiten wird: Die 60 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen werden sofort gelöscht. Der KTF wird mit sofortiger Wirkung gesperrt, die darin enthaltenen Investitionsvorhaben sind vorerst nicht möglich. Und es wird umgehend damit begonnen, einen neuen Wirtschaftsplan für den KTF aufzustellen, damit zügig weiter investiert werden kann.

Es ist selbstverständlich, dass die Bundesregierung und das Parlament das Urteil akzeptieren und respektieren. Die höchstrichterlichen Leitplanken zur Anwendung der Regeln zur Schuldenbremse sind zu beachten. Zugleich muss aber auch sichergestellt werden, dass weiter in klimafreundliche Maßnahmen investiert werden kann. Es war auch das Bundesverfassungsgericht, das der Bundesregierung vor zwei Jahren den klaren Handlungsauftrag gegeben hat, den menschengemachten Klimawandel zu bekämpfen. Das gebietet uns die Generationengerechtigkeit. Die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes muss weiter sichergestellt werden.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion unterstützen das besonnene Vorgehen der Bundesregierung und begreifen das Urteil als Chance, neue Wege in der Finanzpolitik zu beschreiten. Ich bin zuversichtlich, dass die Ampel diese Chance trotz aller Unterschiede ergreifen wird.

## Fairness schaffen – internationale Konzerne gerecht besteuern!

Es ist schon lange eine große Ungerechtigkeit, dass international tätige Großkonzerne wie Amazon, die in Deutschland Gewinne erzielen, mitunter weniger Steuern bezahlen als der Bäcker, Buchhändler oder Handwerker um die Ecke. Ihr Trick: Sie verschieben ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer und rechnen sich so künstlich „arm“. Diese Steuereinnahmen fehlen dann in den ohnehin schon knappen öffentlichen Kassen. Dabei wird jeder Cent gebraucht, um vor Ort zum Beispiel Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Straßen bauen zu können. Es sind also dringend Änderungen in der internationalen Steuerpolitik geboten. Großkonzerne dürfen sich ihrer Verantwortung nicht mehr entziehen. Um das zu erreichen, brauchen wir eine weltweit einheitliche Lösung: die globale Mindestbesteuerung.

Es war unser Kanzler Olaf Scholz, der schon als Finanzminister die Initiative für eine internationale Mindeststeuer für Großkonzerne gestartet und zum Erfolg geführt hat. 2021 haben sich 141 Staaten, darunter alle EU-Staaten, darauf geeinigt, eine solche internationale Mindeststeuer einzuführen. Jetzt endlich wird's beschlossen.

Künftig müssen alle international tätigen Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz über 750 Millionen Euro auf sämtliche weltweit erwirtschafteten Gewinne 15 Prozent Steuern zahlen. Das heißt, wenn ein Konzern mit Sitz in Deutschland seine Gewinne in Steueroasen verschiebt, dann muss er den Rest der so gesparten Steuern trotzdem in Deutschland zahlen. Dieses Geld kann dann zum Beispiel in Infrastrukturprojekte der Gemeinden fließen.

# Unterwegs im Landkreis



Bundesgesundheitsminister Lauterbach zu Gast im Landkreis. Nach der Stippvisite im Bürgerbüro Besuch der Integrierten Leitstelle. Im vollbesetzten Auditorium diskutierten wir mit ExpertInnen und BürgerInnen über die Potenziale der Digitalisierung im Gesundheitswesen. Was uns gemeinsam wichtig ist: Die sicherheits- und datenschutzkonforme Auswertung von Gesundheitsdaten wird Leben retten!

Über 160 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis waren in den vergangenen Wochen im Deutschen Bundestag zu Gast: die 10. Klasse der Realschule im Schulverbund Süßen, die 12. Klasse des Raichberg-Gymnasiums Ebersbach und die Jahrgangsstufe 11 des Mörike-Gymnasiums Göppingen. Auch diesmal wurde ich mit zahlreichen Fragen gelöchert, z.B. zur Drogenpolitik, zu meinem Arbeitsalltag und zur Krankenhausreform.



Pünktlich zum 11.11. ist die Narrenzunft Furchenrutscher Rechberghausen mit ihrer Prunksitzung im Haug-Erkinger-Festsaal in die neue Saison gestartet.

## Einladung zur

# Wanderausstellung des Deutschen Bundestages

04. bis 08. Dezember 2023  
im Berufsschulzentrum Göppingen

Informieren Sie sich über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages in der neu konzipierten und multimedialen Ausstellung des Deutschen Bundestages.

Auch geeignet für größere Besuchergruppen und Schulklassen.

### Öffnungszeiten:

Mo. 12.00 bis 18.00 Uhr

Di. bis Do. 9.00 bis 17.00 Uhr

Fr. 9.00 bis 14.00 Uhr

Terminvereinbarungen für Gruppen über mein Bürgerbüro (Tel. 07161 / 9883546).



FRAKTION VOR ORT

EINLADUNG

# Zeitenwende

## Neue Herausforderungen und Antworten sozialdemokratischer Außenpolitik

Montag, 20. November 2023, 18:00 Uhr

Stauferlandhalle, Staufenecker Str. 41, 73084 Salach



Heike Baehrens MdB

Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion



Nils Schmid MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

**SPD**  
Fraktion im Bundestag

## Termine

### Sonntag, 19. November

11:00 Uhr

Vernissage mit den Werken von Iris Kölle und Barbara Küpper  
Bürgerbüro Göppingen

### Montag, 20. November

18:00 Uhr

Öffentliche Veranstaltung „Zeitenwende – Neue Herausforderungen und Antworten sozialdemokratischer Außenpolitik“ mit Nils Schmid, MdB  
Stauferlandhalle Salach

### Dienstag, 21. November

09:00 Uhr

SPD-Wirtschaftsforum

Anhörung zur Finanzierung der Pflege digital

17:00 Uhr

Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft

Austausch zur Lage der Krankenhäuser Stuttgart

### Mittwoch, 22. November

10:30 Uhr

Besuch der Stadtentwässerung Göppingen

### Donnerstag, 23. November

11. Sitzung der Bund-Länder-Gruppe für die Krankenhausreform  
Berlin

### Montag, 27. November bis

Freitag, 3. Dezember

Sitzung des Deutschen Bundestages

### Sonntag, 3. Dezember

18:00 Uhr

Auftaktveranstaltung 50. NWZ-Aktion „Gute Taten“  
Stadthalle Göppingen

### Montag, 4. Dezember

14:00 Uhr

Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages  
Berufsschulzentrum Öde

17:00 Uhr

Kreisweiter Sozialgipfel der SPD  
Waldeckhof Göppingen

### Dienstag, 5. Dezember

16:00 Uhr

Bürgersprechstunde  
Bürgerbüro Göppingen

### Donnerstag, 7. Dezember

09:00 Uhr

Austausch mit der IHK-Präsidentin Edith Strassacker  
Bürgerbüro

14:00 Uhr

Gesundheitspolitischer Austausch mit dem Vorsitzenden der Kreisärzteschaft Marc Lux  
Bürgerbüro

### Freitag, 8. Dezember bis

Sonntag, 10. Dezember

Bundesparteitag

Berlin

### Montag, 11. Dezember bis

Freitag, 15. Dezember

Sitzung des Deutschen Bundestages

### Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10  
73033 Göppingen  
Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74  
heike.baehrens.wk@bundestag.de

### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159  
heike.baehrens@bundestag.de